

Winfried Veit · Klaus-Peter Treydte
Knut Dethlefsen

Von der Versöhnung zur Partnerschaft

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in
Frankreich, Polen und Israel

Mit einem Vorwort von
Dietmar Nietan

Reihe

Geschichte der internationalen Arbeit
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Band 15



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter *http://dnb.dnb.de* abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0515-7

© 2019 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Lektorat: Dr. Heiner Lindner
Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen
Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung,
Marburg
Druck und Verarbeitung: CPI Books (Leck)

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2019

Besuchen Sie uns im Internet: *www.dietz-verlag.de*

Inhaltsverzeichnis

Dietmar Nietan

Vorwort 9

Winfried Veit

Frankreich – naher Freund, komplizierter Partner 13

- 1 Gehen Frankreichs Uhren immer noch anders? – Anmerkungen
zur politischen Kultur 15
- 2 Von der Versöhnung zur Partnerschaft – Die deutsch-französischen
Beziehungen in der Nachkriegszeit 30
- 3 Stiftungsarbeit in Frankreich – Von den Anfängen bis zum Ende
der Ära Mitterrand (1971–1993) 42
- 4 PS und SPD in der Opposition – »Zunehmende Interaktion«
(1993–1997) 61
- 5 PS und SPD an der Regierung – Die FES als »Scharnier im
knisternden Gebälk« (1997–2002) 70
- 6 Kein »französisches Godesberg« – Das linke Europaprojekt
auf dem Prüfstand (2002–2012) 82
- 7 Aufstieg und Fall des François Hollande – Ein Stiftungspartner
als Präsident (2012–2017) 103
- Ausblick: Das Phänomen Emmanuel Macron 120

Einleitung	123
1 Die vielfältigen Dimensionen der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den polnisch-deutschen Beziehungen – Vorlauf, Anlauf, Erinnerungskultur	128
1.1 Ausgangspunkt und politische Rahmendaten 1970	128
1.2 Die ersten Schritte des Europa-Referats der Internationalen Abteilung	131
1.3 Gesellschaftspolitische Forschung zu polnischen Fragen und Stipendienwesen für Polen	136
1.4 Das Europa-Referat als Katalysator für Kontakte und als Brückenbauer	138
1.5 Die Gewerkschaft »Solidarność« – ihre Auswirkungen in einer neuen Phase der deutsch-polnischen Beziehungen	138
1.6 Vermittlung des gesellschaftlichen Wandels in Ostmitteleuropa	145
1.7 Katholische und protestantische Christen als Wegbereiter der Aussöhnung	146
1.8 Historische Aufarbeitung und Erinnerung	150
1.9 Sozialdemokratische Erinnerungsarbeit in Polen	152
1.10 Heinz Kühn und Karsten D. Voigt am Grab von Lassalle in Wrocław/Breslau	153
1.11 Erich Brost – gelebte Sozialdemokratie in Erinnerung und Gegenwart	159
1.12 Kurt Schumacher-Plakette und Gedenkfeier in Chełmno	161
2 Büroaufbau in Warschau: Die Friedrich-Ebert-Stiftung als Begleiter der politischen und wirtschaftlichen Transformation in Polen	162
2.1 Gezeitenwechsel – 1989/90: zwei »Jahrhundertjahre«	162
2.2 Bürogründung in Warschau	164
2.3 Politischer Umbruch in Polen	167
2.4 Die wirtschaftliche Transformation	170
2.5 Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau als Begleiter der Transformation	172
2.6 Die Zusammenarbeit mit Solidarność	176
2.7 Ausweitung der Gewerkschaftsarbeit	179
2.8 Noch einmal zurück zur Stunde null: der Balcerowicz-Plan – Kernstück der ökonomischen Transformation	182
2.9 Erfolge und Kosten der Transformation	184

3	Von der Transformation zur Integration: rund zwei Jahrzehnte gesellschaftspolitischer Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau auf dem Weg Polens in die Europäische Union	187
3.1	Auf dem Weg zum EU-Beitritt: Reform, Transformation, Wandel und Verständnis (1994–2004)	187
3.2	Die unbekannte Seite der Transformation: Arbeitslosigkeit und »neue Armut«	190
3.3	Die neue soziale Realität im Spiegel von Wahlen	192
3.4	Der Weg Polens in die Europäische Union	197
3.5	Verknüpfung von Transformation und Integration	198
3.6	Erste Phase: Vorbereitung auf den EU-Beitritt (1994–2004) . . .	204
3.7	Europa-Monitor und europabezogene Veranstaltungen	205
3.8	Polens Beitritt zur Europäischen Union: die Schritte	208
3.9	Europapolitische Kontinuität bei gleichzeitiger innenpolitischer Instabilität	210
3.10	Polens innenpolitische Wende nach rechts	211
3.11	Risse und Brüche im politischen Panorama Polens	213
3.12	Überraschung im Jahre 2007: Die Bürgerplattform – kommt wieder an die Regierung	215
3.13	Das Engagement in der Dekade Zwei: Vertiefung und Konsolidierung der Demokratie in Polen; Verankerung der europäischen Idee!	217
3.14	Die Wahlen 2015: Schnitt – Mehrheit für PiS	219
4	Was bleibt? Wandel und Konstanten in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland in einem größeren (und verunsicherten) Europa	221
4.1	Polen in Europa: Transformation und Integration im Spiegel von Analyse und Meinung	222
4.2	Die Sicht der Friedrich-Ebert-Stiftung	225
4.3	Wie geht es weiter?	228
4.4	Krise in einer demokratiepolitischen Reifung	229
4.5	Der sozialpolitische Hintergrund des PiS-Sieges	232
4.6	Außenpolitische Konsequenzen der innenpolitischen Wende. . .	233
4.7	Globalisierungs- und Modernisierungskrise	235
4.8	Rückwirkungen auf die polnisch-deutschen Beziehungen	239
4.9	Europapolitische Herausforderungen	241
4.10	Was bleibt als Auftrag für die Friedrich-Ebert-Stiftung?	242

5	Appendix	245
5.1	Tafel: Auslandsmitarbeiter im Büro Warschau der Friedrich-Ebert-Stiftung	245
5.2	Liste der Tabellen und Übersichten	246
5.3	Liste der Grafiken und Abbildungen	247
5.4	Landkarte Polen	248

Winfried Veit

	Last der Geschichte und Verantwortung für die Zukunft	
	Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel	249
	Nachdenken über Israel – eine persönliche Vorbemerkung	249
1	Die Last der Geschichte – Anmerkungen zu den deutsch-israelischen Beziehungen	252
2	Von der Versöhnung zur Partnerschaft – die Anfänge der Stiftungsarbeit bis zur politischen Wende 1977	264
3	Die Rekonstruktion der Linken – die FES als »Helfer in der Not« (1978–1992)	273
4	Oslo und die Folgen – Gesellschaftspolitik als Friedenspolitik (1992–2001)	293
5	»Nicht in, aber von Europa« – europäische und internationale Perspektiven (2001–2011)	336
6	Hegemonie der Rechten – für eine pluralistische Gesellschaft (2011–2018)	360
	Ausblick	368

Anhang

	Abkürzungen	372
	Quellen- und Literaturverzeichnis	376
	Bildnachweis	384
	Personenregister	385
	Über die Autoren	397

Vorwort

Israel, Polen und Frankreich – soweit sie voneinander entfernt liegen mögen und so unterschiedlich unsere Beziehungen zu ihnen sind, so haben die drei Länder aus deutscher Sicht doch eine große Gemeinsamkeit: Ohne die Versöhnung mit ihnen wäre Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nie wirklich bei sich selbst und im Europa, wie wir es heute haben, angekommen. Mit Israel, Polen und Frankreich hat Deutschland nach den tiefen Verletzungen des Zweiten Weltkrieges jeweils an Wunder grenzende Annäherungs- und Versöhnungsprozesse erleben dürfen.

Auch im Jahr 2018 nehmen diese drei Länder für Deutschland eine Schlüsselrolle ein. Inzwischen sind wir allerdings in eine Phase eingetreten, in der unsere Versöhnungsgeschichten zwar die Basis darstellen, auf der wir stehen, aber nicht mehr allein ausreichen, um gemeinsam zu handeln. Die Zeit der großen Gesten – so unerlässlich diese waren – ist weitestgehend vorüber. Feststehende Glaubenssätze wie »Das Existenzrecht Israels ist Teil der deutschen Staatsräson«, »Frankreich und Deutschland bilden den Motor der EU« oder »Ohne Polen wäre die EU unvollständig« verlieren zwar nicht ihre Gültigkeit, müssen aber im Hier und Jetzt konkret unterfüttert werden. Dass dies schwer genug ist, erleben wir immer wieder aufs Neue.

Ohne den engen Schulterschluss mit unserem größten Nachbarland Frankreich ist eine zukunftsweisende weitere Entwicklung der EU in der Tat undenkbar. Der französische Präsident Emmanuel Macron, der die aktuellen Europadebatten so engagiert befeuert, fordert uns heraus, den oft beschworenen Wunsch nach Reformen zügig in praktische Politik umzusetzen. Um diese Herausforderung anzunehmen, muss man inhaltlich nicht zwangsläufig mit Macron übereinstimmen. Gerade diejenigen, die zur sozialdemokratischen Familie Europas gehören, sollten sich einem Ideenwettstreit stellen und dafür kämpfen, der EU ein sozialeres, gerechteres Gesicht zu geben.

Polen wird seit einigen Jahren vor allem als »Sorgenkind« Europas dargestellt und wahrgenommen. Den aufs Engste geknüpften gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschland steht eine deutliche Abkühlung der bilateralen politischen Beziehungen gegenüber. Man macht es sich aber zu einfach, wenn man auf die beeindruckende deutsch-polnische Versöhnungsgeschichte sowie den Erfolg der polnischen EU-Integration verweist und sich darüber hinaus mit der Hoffnung begnügt, die polnische Politik werde sich schon irgendwann wieder ändern. Es lohnt sich, zweimal, dreimal oder

auch viermal hinzuschauen, zuzuhören und verstehen zu lernen, welch rasanter Umbruch in Polen während der letzten Jahrzehnte vonstattengegangen ist und welche Gräben in der polnischen Gesellschaft verlaufen. Auch mit Vertretern rechtskonservativer Regierungen kann und sollte man Gespräche führen. Polen hat überdies eine sehr lebendige, europäisch ausgerichtete Zivilgesellschaft, die hierzulande im Allgemeinen eher wenig beachtet wird.

Vielleicht gibt es kein anderes Land, das so viele Menschen so stark polarisiert wie Israel. Und es gibt wohl kein anderes Land, zu dem unsere Beziehungen so belastet und fragil sind. Israel weckt bei den meisten, die sich damit befassen, eine Reihe von Emotionen: zunächst einmal die große Verantwortung Deutschlands für diesen kleinen Streifen Land, der zur Zuflucht und Heimat zahlreicher Holocaustüberlebender und ihrer Nachkommen geworden ist und der immer noch Anfeindungen und Angriffen aus der Nachbarschaft ausgesetzt ist. Bewunderung verdient, was die Israelis seit 1948 trotz aller Widrigkeiten aufgebaut haben: ein blühendes Land, eine streitbare Demokratie, eine Kultur- und Hightechnation. Und auch negative Emotionen weckt Israel: großen Ärger über die Politik der aktuellen Regierung, die wenig dazu beiträgt, einer friedlichen Lösung des Konflikts mit den Palästinensern näherzukommen.

In Europa und der Welt zu Hause zu sein bedeutet auch, Widersprüche auszuhalten. Es bedeutet, den Finger am Puls der Partnerländer und ihrer Gesellschaften zu haben, mit den verschiedensten Akteuren im Austausch zu stehen und Debatten ins Rollen zu bringen. Und nicht zuletzt muss es bedeuten, die anderen wirklich kennenzulernen. Genau an diesen Stellen setzt die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) an.

In Frankreich, Polen und Israel hat die FES Beeindruckendes geleistet. Als Schnittstelle zwischen Politik und Zivilgesellschaft hat sie Türen geöffnet und unzählige Menschen zusammengebracht. Sie hat Wissen vermittelt und selbst einen reichen Erfahrungsschatz angesammelt, der stetig weiterwächst. Unzählige Stipendiaten haben dank der FES die Chance erhalten, in Deutschland zu studieren und so neue Brücken zu schlagen.

In keinem der drei Länder, die alle in hohem Ausmaß von den Gräueln des Zweiten Weltkrieges betroffen waren, war der Einstieg für eine deutsche Politische Stiftung leicht. Die Beiträge im vorliegenden Band beschreiben das sehr eindrücklich vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen. Gerade mit Israel und Polen waren politische und gesellschaftliche Kontakte in den Jahren, in denen die Stiftung dort mit ihrem Wirken begann, zwar vorhanden, aber noch längst nicht so weit verbreitet wie heute. Es erforderte ein ganz außer-

ordentlich hohes Maß an politischem, historischem und menschlichem Gespür, um dort Fuß zu fassen.

»Überspitzt ausgedrückt wartete in Israel keiner auf Ratschläge, schon gar nicht von einem Deutschen«,

schreibt Winfried Veit in seinem Israelbeitrag für diesen Band. Gleiches galt für das von Nazideutschland gequälte Polen und sicherlich auch für Frankreich mit seiner spezifischen politischen Kultur. Gleichzeitig fiel die Aufbauphase der FES-Auslandsarbeit in Polen, Israel und Frankreich in politisch extrem bewegte Zeiten. Die FES war jedoch bald mittendrin – sei es mit essenziellen Beiträgen zur Versöhnungsarbeit und zur Aufarbeitung der Geschichte, sei es mit ganz praktischer Aufbauhilfe für Gewerkschaftsarbeit oder mit dem Knüpfen von Kontakten auf höchster politischer Ebene.

Die positive Wandlung des Deutschlandbildes in den beschriebenen Ländern ist sicherlich auch zu einem guten Teil auf die Arbeit der deutschen Politischen Stiftungen, und ich möchte behaupten: ganz besonders der Friedrich-Ebert-Stiftung zurückzuführen. Wo die offizielle Diplomatie gar nicht mehr hinkommt, kann eine Politische Stiftung immer noch agieren, ganz nah an den Multiplikatoren der Gesellschaft. Die Förderung lebendiger demokratischer Partizipation ist *die* Klammer, welche die Arbeit der FES umfasst. So repräsentiert sie auf vorbildliche Weise ein progressives Deutschland und sozialdemokratische Werte.

Für mich als Außenpolitiker hat die Auslandsarbeit der FES einen unschätzbaren Wert. Die Länderbüros, die mit großer Sachkenntnis und immer wieder neuen Ideen arbeiten, sind mir im Rahmen meiner außenpolitischen Arbeit geschätzte und unersetzliche Partner. Sei es durch die Vermittlung von Gesprächspartnern, die Erarbeitung profunder Analysen oder auch Hinweise auf aktuelle Entwicklungen aus erster Hand, von denen man in der deutschen Presse oftmals gar nichts mitbekommt. Als Besonderheit habe ich immer empfunden, wie die FES – auch über den sozialdemokratischen Kontext hinaus – im Kontakt mit anderen demokratischen, gesellschaftlichen Akteuren steht. Bis heute nehme ich bei Auslandsreisen in Gesprächen mit Politik und Zivilgesellschaft stets wahr, welche außerordentlich hohe Wertschätzung die FES über Parteigrenzen hinweg genießt. Ein schöneres Kompliment an die Arbeit einer Politischen Stiftung kann es wohl kaum geben.

Neben der Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Themen ist die FES längst auch zum Trendsetter geworden: Immer wieder hat sie er-

frischende Formate gefunden, um Debatten in Gang zu bringen. Aus meiner besonders intensiven Zusammenarbeit mit der FES in Polen möchte ich als Beispiele das Progressive Netzwerk Deutschland-Polen 2020 nennen, das junge Akteure verschiedener Fachgebiete aus beiden Ländern vernetzt, oder das deutsch-polnische Sicherheitstandem, in dem hoch spannende Debatten zur Sicherheitspolitik geführt wurden. Die FES in Frankreich hat beispielsweise mit dem Cercle stratégique franco-allemand ein Format geschaffen, das inzwischen ein fester Bestandteil im deutsch-französischen Dialog ist. Auch die FES Israel hat mit dem Israeli European Policy Network ein Netzwerk aufgebaut, in dem ich spannende und bereichernde Diskussionen erleben durfte und viel gelernt habe.

Dieses Buch ist viel mehr als eine Dokumentation der Stiftungsarbeit: Die Autoren geben jeweils auch einen spannenden Überblick über mehrere Jahrzehnte deutsch-polnischer, deutsch-israelischer und deutsch-französischer Geschichte. Die Etappen der Stiftungsarbeit mit ihren Glanzpunkten, aber auch ihren Stolpersteinen werden eingebettet in die Höhen und Tiefen der politischen Kontakte und in die großen gesellschaftlichen Umwälzungen der Länder. Dazu gehört auch die Entwicklung des politisch linken, progressiven Spektrums, die – wie in Europa insgesamt – in Frankreich, Israel und Polen sehr dynamisch, in den letzten Jahren zunehmend schwierig verlaufen ist.

So komplex Deutschlands Beziehungen zu vielen Partnerländern und so herausfordernd die aktuelle Situation in der EU auch ist – mit der FES hat man immer einen zuverlässigen Partner vor Ort.

Berlin, im November 2018

Dietmar Nietan

Frankreich – naher Freund, komplizierter Partner

Am 23. April 2017 brach für die Sozialistische Partei Frankreichs (PS) eine Welt zusammen. Bei den Präsidentschaftswahlen landete ihr Kandidat Benoît Hamon mit nur 6,4 Prozent der Stimmen weit abgeschlagen auf dem fünften Platz. Und bei den darauffolgenden Parlamentswahlen schrumpfte die PS von fast 300 auf nur noch 30 Sitze in der Nationalversammlung. War dies das Ende einer Epoche?

Fast scheint es so, denn die Wahlen haben das gesamte politische System Frankreichs grundlegend verändert: Mit dem Sieg seiner quasi aus dem Boden gestampften Bewegung »La République en Marche!« hatte der neue Präsident Emmanuel Macron den seit der Französischen Revolution herrschenden ideologischen Antagonismus zwischen der Linken und der Rechten und damit »das dualistische Prinzip fürs erste außer Kraft gesetzt.«¹ Dafür kam bei den Wahlen ein anderer Dualismus zum Vorschein, nämlich der zwischen städtischen Eliten und den sogenannten »populären Schichten«, zwischen prosperierenden Metropolen und schrumpfenden ländlichen und semiperipheren Räumen. Der Schlüsselbegriff für die zunehmende Distanz zwischen Regierten und Regierenden lautet »insécurité culturelle«, wie der PS-nahe Politologe Laurent Bouvet erläutert:

»... sie ist der Ausdruck eines Unbehagens, einer Furcht vor dem, was man lebt, sieht und empfindet, hier und jetzt, ›bei sich‹, die Verwerfungen der Weltordnung, die Veränderungen der Gesellschaft [...]«.²

Die traditionellen Parteien, allen voran die Linke, haben sich über diese, nicht zuletzt durch Globalisierung, Migration und radikalen Islam verursachte Verunsicherung in arroganter Weise hinweggesetzt und erhielten dafür die Quittung. Und noch ein anderes Ergebnis gibt zu denken: Trotz der letztlich erfolgten Wahl des »Europäers« Macron erhielten in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl die europakritischen Kandidaten annähernd fünfzig Prozent der

1 *Medard Ritzenhofen*, Die eine und geteilte Nation. Das Ende des dualistischen Prinzips?, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 4/2017, S. 7.

2 *Laurent Bouvet*, L'insécurité culturelle, Paris 2015, S. 9.

Stimmen. Auch der Erfolg von Macron's Bewegung relativiert sich angesichts des ungerechten Mehrheitswahlsystems und einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 42,6 Prozent.

Die Wende von 2017 bedeutete zweifellos auch einen Einschnitt für die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Paris. Die PS und ihr Umfeld waren neben den Gewerkschaften von Anfang an der wichtigste Partner in Frankreich. Mit der Wahl von François Hollande zum zweiten sozialistischen Präsidenten der V. Republik im Jahr 2012 war sogar ein enger Stiftungspartner in das höchste Staatsamt aufgerückt. Dass er sich 2017 nicht mehr zur Wiederwahl stellte, hatte in erster Linie mit seinen notorisch schlechten Umfragewerten zu tun und mit der Tatsache, dass er es nach eigenem Bekenntnis versäumt hatte, die notwendigen Reformen, vor allem das Arbeitsgesetz, gleich am Anfang seiner Amtszeit durchzusetzen.³

Aber es gibt noch einen weiteren Grund für den Popularitätsverlust des ansonsten von der Mehrheit für »sympathisch« befundenen Hollande. Dieser ist in der politischen Kultur Frankreichs zu suchen, die sich in vielem immer noch fundamental von der deutschen unterscheidet. Ein zentrales Charakteristikum ist dabei die Rolle des Staates und die Haltung der Bürger ihm gegenüber: Man erwartet alles vom Staat, ist aber nicht bereit, ihm auch nur das Geringste zu geben. Das macht es für alle Regierenden in Paris schwer, den Erwartungen der Bürger insbesondere in Zeiten der Krise zu entsprechen und gleichzeitig die notwendigen Reformen anzupacken, die zur Überwindung der Krise unumgänglich sind. Seit über dreißig Jahren ist man sich in der politischen Klasse über die Notwendigkeit grundlegender Reformen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einig und ebenso lange sind alle Regierungen – gleich welcher politischen Couleur – über bescheidene Reformansätze nicht hinausgekommen.

Dieser Tatbestand – die unterschiedliche politische Kultur – wird in Deutschland häufig übersehen, und damit einher geht vielfach ein Unverständnis für die »französischen Zustände« (was allerdings auch umgekehrt gilt). Dies trifft auch auf das Verhältnis der politischen Linken und der Gewerkschaften beider Länder zu, den zentralen Partnern für die Auslandsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es erschien deshalb wichtig, vor einer Darstellung der Stiftungstätigkeit in Frankreich die Rahmenbedingungen dafür deutlich zu machen, wozu in erster Linie die spezifische politische Kultur unseres so nahen und doch so fremden Nachbarn gehört. Diese spielte wiederum auch immer eine große Rolle in den deutsch-französischen Beziehungen, die eine weitere

3 *François Hollande*, *Les leçons du pouvoir*, Paris 2018, S. 271. Siehe dazu Kap. 7.

zentrale Rahmenbedingung für die Stiftungsarbeit in Paris darstellen, da die Auslandsarbeit der FES immer im Kontext der deutschen Außenpolitik angesiedelt war und ist.⁴

Insgesamt sollte bei der notwendigen Darstellung der vielen Differenzen und Dissonanzen im deutsch-französischen Verhältnis und gerade auch im Verhältnis der politischen Linken beider Länder aber nicht vergessen werden, welch langen Weg die deutsch-französische Versöhnung und Partnerschaft seit den jahrhundertealten Zeiten von »Erbfeindschaft« und zahllosen Kriegen zurückgelegt hat. Damit dieser Weg nicht im Zustand »endlich erreichter Beziehungslosigkeit« oder »wohlwollender gegenseitiger Nicht-Beachtung« endet, wie dies der Philosoph Peter Sloterdijk (vielleicht voreilig) diagnostiziert hat⁵, war und ist die Arbeit der FES (wie auch vieler anderer Nichtregierungsorganisationen) in Frankreich wichtig. Dies gilt vor allem auch vor dem Hintergrund, dass Frankreich trotz aller strukturellen Schwächen der wichtigste Partner Deutschlands in Europa ist und ein vereintes Europa ohne Frankreich undenkbar erscheint. Deshalb bleibt trotz zahlreicher Städte- und Schulpartnerschaften, Deutsch-Französischem Jugendwerk und (deutschem) Massentourismus der Bedarf an sachkundigen Mittlern zwischen beiden Ländern bestehen, wenn man in Betracht zieht, dass »Frankreichs Uhren immer noch anders gehen«, wie ein Buchtitel aus den 1950er-Jahren lautete.

1 Gehen Frankreichs Uhren immer noch anders? – Anmerkungen zur politischen Kultur

Die politische Kultur Frankreichs äußert sich am augenfälligsten in der trotz diverser Reformen immer noch ausgeprägten Zentralisierung des politischen Geschehens in Paris und dort wiederum konzentriert auf wenigen Quadratkilometern im 7. Arrondissement. Es ist deshalb kein Zufall, dass das FES-Büro ebenfalls dort angesiedelt war und ist, zunächst in der Rue de l'Université, später am Boulevard de la Tour Maubourg. Von beiden Standorten ließen sich be-

4 Vgl. *Winfried Veit*, Außenpolitik als internationale Gesellschaftspolitik. Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der nördlichen Hemisphäre nach der Zeitenwende 1989/91, Reihe Geschichte der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 3, Bonn 2013.

5 *Peter Sloterdijk*, Theorie der Nachkriegszeit, in: Ders., Mein Frankreich, Berlin 2013, S. 91. Der Text beruht auf einem Vortrag Sloterdijks bei den 6. Deutsch-Französischen Kulturgesprächen in Freiburg im November 2007, an denen das FES-Büro Paris als Mitveranstalter beteiligt war.

quem zu Fuß die für die Stiftungsarbeit wichtigsten Institutionen erreichen: die Assemblée Nationale in der Verlängerung der Rue de l'Université und direkt daneben das Außenministerium (Quai d'Orsay); nur wenige Straßen weiter die Zentrale der Sozialistischen Partei (PS) in der Rue de Solférino, die im Frühjahr 2018 infolge der gravierenden Wahlniederlage verkauft werden musste; um die Ecke die Residenz des deutschen Botschafters; etwas weiter entfernt in der Rue de Varenne der Sitz des Premierministers im Hôtel de Matignon und nicht weit davon die Elit Hochschule Sciences Po in der Rue Saint Guillaume. Dazwischen liegen diverse Tagungsstätten, wo sich das politische und intellektuelle Paris trifft, wie das Maison de l'Amérique Latine oder das Maison de la Chimie, in denen im adäquaten Rahmen auch viele Stiftungsveranstaltungen stattfanden.

Der Begriff »adäquat« verweist auf ein weiteres Merkmal der französischen politischen Kultur: Viele der genannten Institutionen sind in sogenannten »Hôtels particuliers« angesiedelt, die man im Deutschen wohl als »Stadtpalais« bezeichnen würde. Die meisten stammen aus dem 18. Jahrhundert, als Angehörige des Hofes in Versailles – der dortigen isolierten Lage überdrüssig – sich Stadtresidenzen im damaligen sich zum bevorzugten Pariser Vorort entwickelnden »Faubourg Saint-Germain« zulegten, aus dem später das 7. (und 6.) Arrondissement wurde. Vollends zum politischen Zentrum wurde Saint-Germain mit der Französischen Revolution, die den bereits in der Monarchie angelegten Zentralismus in extremer Weise verschärfte und ausbaute. Die Paläste der geflohenen oder hingerichteten Aristokraten wurden enteignet und zumeist mit Institutionen des revolutionären Regimes belegt. So wurde das Palais Bourbon zum Sitz der ersten rudimentären Volksvertretungen und schließlich – bis heute – der Nationalversammlung. Das Hôtel de Matignon, seit 1935 Sitz des Premierministers, hat als Einziges den damals üblichen riesigen Park aus dem 18. Jahrhundert bewahrt – bei Empfängen stets Gegenstand der Bewunderung ausländischer Gäste. Das Hôtel de Beauharnais, benannt nach dem Stiefsohn Napoleons, ist eines der am besten in seiner ursprünglichen Form erhaltenen und schönsten »hôtels« von Paris – und damit auch »die schönste deutsche Botschafterresidenz auf der ganzen Welt«, wie Botschafter Klaus Neubert seine Gäste augenzwinkernd zu beeindrucken pflegte.

Beeindruckt von der Prachtentfaltung französischer Regierungs- und Parlamentsinstitutionen waren immer wieder auch die deutschen Parlamentarier, wenn sie – oftmals auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung – Paris besuchten. Doch hinter der Fassade der samtbeschlagenen Wände und freskenbemalten Decken in den offiziellen Tagungsräumen verbarg sich auf der gegenüber-

liegenden Straßenseite die harte Alltagsrealität der französischen Abgeordneten: in hässlichen Betonbauten in kleine Büroräume eingepfercht, die sie sich oftmals mit Mitarbeitern teilen müssen, beneideten diese wiederum bei ihren Besuchen in Berlin ihre deutschen Kollegen um deren großzügige funktionale Büros mit genügend Platz für mehrere Mitarbeiter. Diese Unterschiede spiegeln im Kleinen die Machtverhältnisse im Großen wider, denn im Vergleich zu Deutschland ist das französische politische System von einer »Exekutivlastigkeit« geprägt, und die Assemblée Nationale ist im Unterschied zum Deutschen Bundestag in ihren Kompetenzen in mehrfacher Hinsicht beschnitten.⁶ Der offizielle Pomp stellt so vielleicht ein psychologisches Trostpflaster für die begrenzte politische Gestaltungsmacht dar, und mancher französische Parlamentarier konnte angesichts der nüchternen Funktionalität der offiziellen Tagungs- und Empfangsräume im Bundestag sein Erstaunen über die »Allmacht« des deutschen Parlaments nicht verhehlen, von dem angebotenen Essen ganz zu schweigen, das in der französischen Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt.

Denn wenn etwas mit französischer Lebensart in Verbindung gebracht wird, dann sind es die leiblichen Genüsse. Dies gilt auch für die politische Klasse und schlägt sich dementsprechend im 7. Arrondissement mit seiner Vielzahl von Restaurants nieder. Auch wenn die jüngere Generation nicht mehr im gleichen Maße dem mittäglichen Ritual des »déjeuner travail« huldigt wie ihre Vorgänger, so gehört dieses doch immer noch zum festen Bestandteil des Politikeralltags und darf bei der Pflege von Beziehungen nicht zu kurz kommen. Diese – für manche willkommene, für andere aus Diätgründen eher leidvolle – Erfahrung mussten alle FES-Vertreter in Paris machen, und auch in dieser Hinsicht lag das Stiftungsbüro strategisch günstig. Wollte man einen Abgeordneten treffen, so brauchte man nur zu »Chez Françoise« in unmittelbarer Nähe der Nationalversammlung an der »Esplanade des Invalides« zu gehen und konnte auf dem Weg dorthin die goldglänzende Kuppel des Invalidendoms bewundern. Das riesige Restaurant wurde allgemein als »Parlamentskantine« bezeichnet, obgleich es eine solche (und sehr gute) in der Nationalversammlung gab. Die seit Anfang des 20. Jahrhunderts bestehende klassische Brasserie »Thoumieux« in der Rue Saint-Dominique zog mit ihrer deftigen Regionalküche aus dem Südwesten eher die ältere Politikergeneration – wie die Sozialisten Laurent Fabius und Michel Rocard – an, während sich bei »Tante Marguerite«

6 Zu den Einzelheiten vgl. *Marcus Obrecht*, Niedergang der Parlamente? Transnationale Politik im Deutschen Bundestag und der Assemblée nationale, Würzburg 2006, S. 114 ff.

schräg gegenüber der Nationalversammlung vor allem die »Regionalfürsten« der PS unter Leitung des langjährigen Bürgermeisters von Dijon und Parteisekretärs François Rebsamen trafen. Der Parteivorsitzende François Hollande wiederum lud seine Vertrauten und ausgewählte ausländische Gäste gerne in den intimeren Rahmen der »Ferme Saint-Simon« in der gleichnamigen Straße ein.

In vielen dieser Restaurants wurden erste Kontakte geknüpft, vertrauliche Gespräche geführt, Absprachen besiegelt und Gesprächspartner zusammengebracht – Stiftungsalltag in Paris. Die damit verbundenen Kosten riefen angesichts der Pariser Preise regelmäßig die stiftungsinternen und ministeriellen Prüfinstanzen auf den Plan, was ebenso regelmäßig mit der »Ortsüblichkeitsbescheinigung« der Botschaft beantwortet wurde. Gleiches gilt für die horrenden Mietpreise in der französischen Hauptstadt, was selbst für das angesichts der politischen Bedeutung recht kleine Stiftungsbüro mit einem entsandten und in der Regel nur einer lokalen Mitarbeiterin sowie einem Praktikanten hohe Kosten bedeutete.

Musste sich jeder neue FES-Vertreter, sofern er nicht über Frankreichereifahrungen verfügte, erst an diesen Mikrokosmos der politischen Kultur und dessen Gepflogenheiten gewöhnen, so galt dies erst recht für die Makroebene, das heißt die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit. Seit dem Ende der »glorreichen Dreißiger« (dem Nachkriegsaufschwung 1945–75) gab es unter allen Regierungen, ob es die meist an der Macht befindlichen bürgerlichen Rechten waren oder die Sozialisten unter Präsident François Mitterrand (1981–95), Premierminister Lionel Jospin (1997–2002) und Präsident François Hollande (2012–2017), eine Diskussion über den Niedergang des Landes. Buchtitel wie »Die französische Misere« oder »Der Abstieg Frankreichs« fanden sich in regelmäßigen Abständen auf der Bestsellerliste und erschreckten das Publikum mit unangenehmen Wahrheiten, wie der Forderung nach einem schlanken Staat und dem Abbau von Sozialleistungen. Und in ebenso regelmäßigen Abständen versuchten zumindest einige Präsidenten und Regierungen, diesen Forderungen nachzukommen, um das Land auf der globalen Bühne wettbewerbsfähig zu machen. Doch gelang es ihnen selten, über ein »Reförmchen« hinauszukommen, wie die geringfügige Heraufsetzung des Rentenalters durch Präsident Nicolas Sarkozy, die von seinem sozialistischen Nachfolger François Hollande in weiten Teilen umgehend wieder rückgängig gemacht wurde.

Die meisten Reformbemühungen scheiterten am erbitterten Widerstand der Bürger, die zwar im Prinzip den Befunden der Analytiker zustimmten, aber

wenn es konkret wurde (das heißt, sie selbst betroffen waren), massenhaft auf die Straße gingen. Speerspitze dieser Antireformbewegungen waren in der Regel die Gewerkschaften, die, in acht Dachverbände zersplittert, über einen nur geringen Organisationsgrad, aber dafür über eine umso höhere Mobilisierungsfähigkeit verfügten. So kam es, dass ein Autor, der 1982 einen Bestseller zum Thema »Immer mehr!« (in Anspielung an die materiellen Ansprüche der Franzosen) geschrieben hatte, fünfundzwanzig Jahre später noch einen draufsetzen konnte mit dem Titel »Noch mehr!«, indem er die aus seiner Sicht wesentlichen Ursachen der französischen Misere im hemmungslosen Egoismus, dem Streben nach Privilegien und insgesamt dem Vorrang der Partikularinteressen vor dem Gemeinwohl geißelte.⁷

Die Franzosen erwarten alles vom Staat. Sie wählen demzufolge diejenigen, die ihnen am meisten versprechen, strafen sie aber auch rasch wieder ab, wenn die Versprechen nicht schnell genug eingelöst werden (können). Diese Haltung ist das Ergebnis einer jahrhundertelangen zentralstaatlichen Tradition, die nicht erst mit der Französischen Revolution angefangen hat und deren Merkmal in der Abschottung einer politisch-administrativen Elite an der Spitze des Staates bestand, die immer schon wusste, was gut für das Volk war. Im »Ancien Régime« bis 1791 waren dies die aristokratisch-klerikalen Schichten, deren Privilegien die Revolution zwar abschaffte, aber »sofort anschließend die École Polytechnique und die École Normale Supérieure schuf, um der Nation ihre »natürlichen« Kader zu bieten, kurz ihre eigene Aristokratie.«⁸ Auch die nach dem Zweiten Weltkrieg zwecks Erneuerung des Gleichheitspostulats geschaffene École Nationale d'Administration (ENA) konnte die Tendenz zur Abschottung und Privilegierung nicht verhindern, im Gegenteil: Die aus diesen Schulen hervorgegangene neue Elite bezieht parteiübergreifend ihre Legitimität aus ihrem technischen Sachverstand, der aus der Abgehobenheit der Pariser Metropole heraus stets besser als jeder noch so sach- und ortskundige Bürgermeister weiß, was für dessen Gemeinde gut ist. Das hat sich auch durch die vor allem von der Linken immer wieder vorangetriebene Politik der Zentralisierung nicht wirklich grundsätzlich geändert. Aus der Sicht der Pariser Oligarchie ist die Herstellung eines breiten Konsenses in Form von Bürgerbeteiligung nicht nur zeitraubend, sondern auch hinderlich für »rationale« Entscheidungen. So bleibt den Bürgern nichts anderes, als den Protest auf die Stra-

7 *François de Closets*, Plus encore! Paris 2006, S. 14. Ähnlich aus einer linken Perspektive *Jacques Julliard*, Le Malheur français, Paris 2005, S. 139.

8 *Daniel Cohen*, Trois Leçons sur la société post-industrielle, Paris 2006, S. 79.

ße zu tragen; damit bewirken sie die Blockierung der dringend notwendigen Reformen und letztlich die Stabilisierung des Systems.⁹

Dieses stellt »noch immer weitgehend eine Gesellschaft der Beziehungen und der Privilegien« dar, »blockiert durch ihren Korporatismus und das Misstrauen seiner Bürger«, konstatierte der Harvard-Ökonom Philippe Aghion, Mitglied des »Conseil d'Analyse Economique«, einer dem deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vergleichbaren Einrichtung. Als Voraussetzungen für eine effiziente Reformpolitik benannte er die Abschaffung des herrschenden Klientelsystems, die Notwendigkeit eines »unparteiischen Staates« mit unabhängigen Medien, einer unabhängigen Justiz und Prüfinstanzen, die dem Parlament und nicht der Regierung unterstehen – alles Forderungen, die man eher in einer Bananenrepublik als berechtigt ansehen würde als in einem Kernland der Europäischen Union.¹⁰

Hinzu kommt eine im Vergleich zu anderen europäischen Ländern besonders intensiv geführte Debatte über den Verlust traditioneller Werte und die Frage nach dem Fortbestand des »französischen Modells«, was sicherlich mit der in Frankreich besonders ausgeprägten intellektuellen Streitkultur zu tun hat.¹¹ In dieser öffentlich geführten Debatte zwischen Politikern und Intellektuellen ist viel vom Verlust oder zumindest Rückgang der »republikanischen Werte« die Rede. Dabei handelt es sich um die Werte, die nach der Französischen Revolution und der Trennung von Kirche und Staat an die Stelle der alten monarchischen und religiösen Tradition traten. Es sind dies Patriotismus, laizistische Überzeugung und das Gefühl, einer kulturell überlegenen Nation anzugehören, die eine »zivilisatorische Mission« zu erfüllen hat und deren Sprache nichts Vergleichbares in der Welt findet. Dieser »republikanische Kult« wurde vor allem von der Schule und im Militärdienst gepflegt, in der III. Republik (1875–1940) die zwei bedeutendsten Institutionen der nationalen Integration (zwischen sozialen Klassen wie auch für Einwanderer), denen die IV. Republik ab 1945 die ENA hinzufügte, auf denen die neue republikanische

9 Vgl. *Yves Mény*, Interessengruppen in Frankreich. Von Pluralismus keine Spur, in: *Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde* (Hg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte–Politik–Wirtschaft–Gesellschaft, Bonn 2005, S. 286 ff.

10 *Le Monde*, 14. April 2012, S. 6. »Bananenrepublik« entfuhr es einem deutschen Abgeordneten angesichts der selbstverständlichen Zurverfügungstellung von Dienstwagen nebst Chauffeur durch die Stadtverwaltung von Paris.

11 Zum Folgenden vgl. *Winfried Veit*, Was bleibt vom französischen Modell? Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin, Februar 2006, S. 5 ff.